



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Die Kohlennot

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Überlieferungen in ihrer Art festgehalten, und wie die römische Kaiserzeit gebaut, wie sie namentlich die Innenräume gestaltet und ausgeschmückt hat, das sehen wir aus den Kirchen und Palästen vor allem der Renaissance fast besser als aus den gerade von ihr noch arg verstümmelten Resten des Altertums.



Die Kohlennot



Als im vorigen Winter die Klagen über die Kohlennot laut wurden, beschäftigte sich die öffentliche Meinung hauptsächlich mit der Frage, ob und inwieweit den Unternehmerkartellen die Haupt- oder Mitschuld an der Kalamität beizumessen wäre. Wie schnell das Kartellwesen auch in Deutschland zugenommen hatte, zeigte schon eine private Zählung von 1897, wonach damals im ganzen 345 industrielle Kartelle bestanden, von denen unter andern 82 auf die chemische Industrie, 80 auf die Eisenindustrie, 59 auf die Industrie der Steine und Erden, 38 auf die Textilindustrie, 19 auf die Papierindustrie, 18 auf die Holzindustrie und 17 auf die Kohlenindustrie kamen. Von 260 dieser Vereinigungen bestanden vor 1865 nur 5, vor 1870: 6, vor 1875: 8, vor 1879: 14, vor 1896: 260. Seitdem geht, wie das Kaiserliche Statistische Amt Ende 1899 bemerkt hat, die Entwicklung zwar nicht mit derselben „Rapidität“ weiter, da die Hauptunternehmungszweige eben schon kartelliert sind, aber doch ist die Zunahme immer noch bedeutend. Die ganze deutsche Kohlenproduktion — sowohl die Steinkohlen- wie die Braunkohlen- und die Koksproduktion — ist heute mit verschwindenden Ausnahmen in der Hand solcher Vereinigungen, die allerdings in verschiedenem Umfang die Unternehmertätigkeit ihrer Mitglieder beherrschen, aber immerhin einen großen Einfluß auf Produktion und Preis ausüben können. Mit das ausgedehnteste und mächtigste aller Kartelle in Deutschland ist das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat, das seit dem 1. März 1893 besteht. Wenn nun diese Kartelle überhaupt fähig sind, sich auch nur für eine kurze Zeit tatsächlich Monopolpreise zu sichern, so werden sie unter Umständen unzweifelhaft auch gemeingefährlich werden können, und wenn vollends die Kohlsyndikate die Macht erlangten und die Tendenz hätten, einen tatsächlichen Monopolpreis rücksichtslos auszubenten, so würden sie in einem Grade gemeingefährlich werden, daß das schärfste gesetzgeberische Einschreiten berechtigt erschiene. Dann würde die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen. Schon jetzt sind zum Teil recht ungestüme Wünsche in dieser Richtung laut geworden. Man unterschätzt dabei aber bei weitem die Schwierigkeiten einer solchen Maßregel und die damit notwendig verbundenen neuen Übelstände, und man setzt vor allem ohne jeden Beweis voraus, daß die Syndikate die Schuld an der Kohlennot tragen.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 1. Februar 1900 brachte der Abgeordnete Freiherr von Cynatten die Frage in sehr maßvoller Weise zur Sprache und veranlaßte dadurch den Minister für Handel und Gewerbe zu einigen bemerkenswerten Erklärungen. Der Minister konnte zunächst mit Recht darauf

hinweisen, daß die Kohlennot und die „außerordentliche“ Steigerung der Kohlenpreise nicht auf Preußen und Deutschland beschränkt seien, sondern ebenso im Ausland herrschten. Dann verglich er die neuern Preisbewegungen mit denen in den siebziger Jahren, wo der Einfluß der Kohlensyndikate noch ganz fehlte. Die Durchschnittspreise für die Tonne Kohlen gab er dabei wie folgt an:

Oberschlesien		Dortmund		Saarbrücken	
Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1870: 5,12	1894: 5,74	1870: 5,85	1894: 6,37	1870: 7,93	1894: 8,85
1871: 5,95	1895: 5,75	1871: 7,16	1895: 6,66	1871: 9,23	1895: 8,90
1872: 7,64	1896: 5,76	1872: 8,56	1896: 6,77	1872: 11,28	1896: 8,99
1873: 8,26	1897: 5,84	1873: 10,99	1897: 7,03	1873: 16,81	1897: 9,26
1874: 8,03	1898: 6,07	1874: 11,00	1898: 7,31	1874: 15,00	1898: 9,45
1875: 6,49		1875: 7,27		1875: 11,15	

Vergleicht man die Zahlen der siebziger mit denen der neunziger Jahre, so springt der Unterschied in der Bewegung allerdings zu Gunsten der von den Kartellen beeinflussten Periode in die Augen, so wenig auch damit der Beweis für deren Unschuld an der gegenwärtigen Kohlennot, die doch erst im Winter 1899/1900 beginnt, erbracht wird. Der Minister beurteilte die Lage weiter folgendermaßen: Bisher sei die Preisentwicklung ruhig und normal gewesen, und es liege kein Grund zur Klage vor, obgleich zugegeben werden müsse, daß im letzten Jahre die Steigerung der Preise über Erwarten hinausgegangen sei. Man müsse aber berücksichtigen, daß gegenwärtig auch der „Aufschwung der Industrie“ weit über Erwarten hinausgehe, und daß sich bei einem großen Aufschwung der Industrie selbstverständlich auch die Betriebsmittel verteuerten. Etwas „Ungefundes“ liege sonach nicht vor. Man habe also auch keinen Anlaß, „direkt die Syndikate zu beschuldigen, daß sie einen ungeunden Zustand herbeigeführt hätten.“ Bis jetzt könne man ihrem Wirken keinen Vorwurf machen, sie hätten vielmehr im allgemeinen dazu beigetragen, daß die Preisentwicklung sowohl wie die Lohnentwicklung gleichmäßiger, stetiger und ruhiger sei als in frühern Zeiten, und er sei überzeugt, daß, wenn die Syndikate nicht wären, wir ganz andre Preise haben würden, als wir sie tatsächlich gegenwärtig hätten, und daß wir demnächst einen „Rückgang der Preise“ zu beklagen haben würden, der nur in der allerschwersten Weise von der Industrie zu überwinden wäre. Deshalb rate er den Syndikaten, die ja neuerdings „stark geneigt seien zu weitem Preiserhöhungen,“ doch sehr vorsichtig zu sein. Gerade in der jetzigen Zeit sei eine Steigerung der Kohlenpreise ganz außerordentlich gefährlich.

Daß die Gruben durch die Syndikate an einer dem Bedürfnis entsprechenden Steigerung der Kohlenförderung gehindert würden, bestritt am 1. Februar im Abgeordnetenhaus namentlich der Abgeordnete Büsing ganz entschieden. Die Gruben würden vielmehr von den Syndikaten gedrängt, zu fördern, was sie nur könnten, aber sie seien „an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.“ Die „Kohlennot“ sei eben identisch mit der „Leutenot.“

Die gleichfalls schon zu Anfang des Jahres vielfach erhobnen Einwände gegen den starken Export an Kohlen und seine Begünstigung durch ermäßigte Eisenbahntarife wies der Handelsminister am 1. Februar kurz ab, weil der Export unentbehrlich sei. Bald darauf erklärte auch der Minister der öffentlichen Arbeiten dem Landeseisenbahnrat gegenüber, „daß die Kohlenausfuhr eine Notwendigkeit für unsern Bergbau sei,“ denn — meinte er —, „wenn man die Bedeutung der Ausfuhr für die einzelnen Reviere betrachtet und erwägt, daß z. B. Ober- und

Niederschlesien auch heute noch annähernd ein Drittel ihrer gesamten Produktion in das Ausland ausführen, so ist ohne weiteres zu ermeßen, daß es ausgeschlossen sein muß, auf einen solchen Absatz zu verzichten, und ähnliche Verhältnisse liegen auch bezüglich der Kohlenausfuhr nach Holland, Belgien usw. vor, bei denen noch besondere Eisenbahn- und andre wirtschaftliche Interessen des Inlands in Frage stehn.“ Damit war freilich die Ansicht derer, die eine nach Lage des Inlandsbedarfs übermäßige Pflege und Entwicklung unsrer Kohlenausfuhr vermuteten, nicht widerlegt. Einen völligen und dauernden Verzicht auf den Export verlangte ja eigentlich niemand. Der Landeseisenbahnrat gab übrigens dem Minister Recht, ohne daß von einer Frage nach den Preisen, für die die Kohlen ins Ausland verkauft wurden, bis heute etwas verlautet wäre, obgleich es doch gerade darauf ankommt, wenn man ein Urteil fällen will. Ebenso wurden am 1. Februar von der Regierung die Beschwerden darüber, daß die Grubenbesitzer und vor allem auch der preussische Fiskus die gesamte Kohlenförderung für längere Perioden an einige wenige Großhandelsfirmen vergäben, als unwesentlich zurückgewiesen und das Verlangen nach einer Änderung mit einem entschiedenem Non possumus beantwortet. Der Handelsminister antwortete am 1. Februar auf die Klage, daß es sogar bei frühzeitiger Nachfrage Genossenschaften von Konsumenten und einzelnen Großkonsumenten nicht gelinge, die nötigen Kohlenmengen von den staatlichen Gruben zu erhalten, mit dem Sprichwort: „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren“; die Produktion für das laufende Jahr 1900 sei — am 1. Februar — tatsächlich schon verschlossen. Man habe den Händlern die Zusagen gemacht, und eine Kürzung daran sei nicht mehr möglich. Von einer Begünstigung der Einfuhr fremder Kohle zur Vinderung der Not war damals unsers Wissens überhaupt nicht die Rede. Tatsächlich verlief die Sache ohne jedes Eingreifen des Staats. Man begnügte sich mit dem Hinweis auf genossenschaftliche Selbsthilfe und mit der Hoffnung, daß sich die Konjunktur ja doch wohl bald ändern werde.

Diese Vorgänge vom Anfang des Jahres muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Bedeutung der Tatsache verstehen will, daß wir jetzt, am Anfang des Winterhalbjahrs, vor einer wesentlich verschärften Kalamität stehn. Der Jammer über übermäßige Kohlenpreise ist, namentlich im Osten, noch lauter als im Januar. Die Landwirtschaft mit ihrem großen Kohlenbedarf, namentlich für die Nebengewerbe, Brennereien usw., die Industrie und die Masse der Kleinkonsumenten von Hausbrandkohle klagen mit Recht über den gegenwärtigen Preisstand und sehen mit Sorge dem Winter entgegen. Die Detailpreise sollen in der letzten Zeit um 40 bis 100 Prozent in die Höhe gegangen, und die Versuche der größeren Konsumenten, sich rechtzeitig mit Vorräten zu versehen, sollen vielfach an dem wirklichen oder angeblichen Mangel an Lager bei Zwischen- und Großhandel, auch bei den Gruben selbst gescheitert sein. Auch die Kleinhändler klagen, sie könnten auch für hohen Preis die verlangten Kohlenmengen häufig nicht erhalten. Daß an diesen Klagen sehr viel Wahres ist, steht außer Zweifel. Klar zu sehen ist aber sehr schwer, schon weil es an der ausreichenden und zuverlässigen Preisstatistik für den abgelaufenen Teil des Jahres 1900 fehlt. Die amtliche Statistik des Reichs und Preußens giebt über die Kleinhandelspreise der Kohlen überhaupt keinen Aufschluß. Auch die Großhandelspreise erfahren wir nur für die Steinkohlen, nicht für die in dieser Frage sehr wichtigen Braunkohlen.

Die vorliegenden amtlichen oder „offiziösen“ Äußerungen über die neue Kalamität wiederholen mit allem Nachdruck, daß auch nach den neuerdings angestellten Erhebungen „weder von den Produzenten, noch von dem Großhandel eine unzulässige Ausnutzung der gegenwärtigen Lage des Kohlenmarkts erfolgt“ sei. Vielmehr verschulde zunächst der „vielgestaltige Zwischenhandel“ die übermäßigen Preise,

unter denen heute namentlich der Kleinkonsument leide. Es werde, rät man, sich darum empfehlen, auf dem Wege der Selbsthilfe den Kohlenbezug in der Weise zu organisieren, „daß kreditfähige Genossenschaften, Gemeinden und andre größere Körperschaften für ihre Glieder den Kohlenbezug im großen und direkt von den Produktionsstätten in die Hand nehmen, und durch Verteilung des Bedarfs an die einzelnen den Zwischenhandel ausschalten und die demselben zu bringenden Opfer sparen.“ Ob sie dann aber nicht riskieren würden, wieder das Sprichwort von des Kaisers Recht zu hören, und den Bescheid zu erhalten, daß für 1900 schon alles vergeben sei, darüber wird nichts gesagt. Auch von den privaten Grubenbesitzern und ihren Vereinigungen, die doch nach Bülbing schon am 1. Februar 1900 an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt waren, können sie einen solchen Bescheid erwarten. Daß der „Aufschwung der Industrie“ auch nach dem 1. Februar noch weiter über das Erwartete hinausgegangen sei, wird offiziös nicht behauptet. Jetzt liegt nach Ansicht der Regierung die Schuld an dem Zwischenhandel, an den vor sieben Monaten niemand dachte.

Wenn man die Kurse der Industriepapiere seit März verfolgt hat, so wird man freilich nicht gerade ermuntert, an den fortdauernden Aufschwung der Industrie zu glauben; eher an eine Krisis, wenn nicht an einen Krach. Trotzdem scheint bis jetzt noch immer in der Industrie mit Hochdruck weiter produziert zu werden, sodaß der Kohlenbedarf noch nicht nachgelassen haben mag. Die Verkehrsanstalten brauchen wohl auch noch immer mehr Kohlen, und unsre Kriegsschiffe desgleichen. Daß der „vielgestaltige Zwischenhandel“ in Kohlen die Notlage des Kohlenmarkts rücksichtslos ausbeutet, ist leicht wahrzunehmen, wenn man sich etwas Mühe giebt. In den Großstädten kauft der Kleinkonsument seine Hausbrandkohle nur zu oft aus vierter und fünfter Hand, im Gemüse- und Milchheller. Die Warenhäuser handeln noch nicht damit. Die Krämer haben noch freie Hand, die Kunden mit 50 bis 80 Prozent Aufschlag zu bedienen, getreu dem Mittelstandsgrundsatz: Kleiner Umsatz großer Nutzen. Es ist deshalb sehr gut, daß offiziös jetzt für den Großdetailhandel eingetreten wird zum Besten der Kleinkonsumenten, wenn es sich auch nicht recht mit der Tendenz der Warenhaussteuer verträgt. Aber trotz aller Ausbeutung der Konjunktur durch den Zwischenhandel, darin allein oder auch nur hauptsächlich ist wohl die Kohlennot nicht begründet. Es muß wirklich Mangel an Beständen auf dem Kohlenmarkt herrschen, der namentlich in Rücksicht auf den nahen Winter ernstliche Besorgnis erregen kann. Die Regierung hat denn auch verständigerweise für die preußischen Staatseisenbahnen die Tarife für den Bezug ausländischer Kohlen ermäßigt. Zu der Aufhebung der Tarifiermäßigungen für die Kohlenausfuhr hat sie sich dagegen auch jetzt noch nicht entschlossen. Wahrscheinlich wird die ergriffene Hilfsmaßregel wenig und namentlich keinen rechtzeitigen Erfolg haben. Vielleicht rechnet die Regierung mit der traurigen Wahrscheinlichkeit, daß die Industrie bald die Arbeit und damit den Kohlenverbrauch einschränken wird. Die Kohlennot würde dann andern schlimmern Nöten den Vortritt lassen. Es muß ja schließlich zu einer scharfen Krisis kommen, wenn wir aus der Geldnot, der Leutenot, der Wohnungsnot, der Kohlennot heraus zu einem wirklich gesunden wirtschaftlichen Aufschwung kommen wollen. Daß die Krisis Schmerzen macht und vielen Verluste bringt, kann die Regierung nicht verhindern, ebensowenig wie sie es zu verhüten vermag, daß sich unser Wirtschaftsleben einmal in falsche Bahnen verrennt, die zu Krisen führen.

Wenn man versuchen will, sich an der Hand der Statistik die Lage auf dem Kohlenmarkt etwas klar zu machen, so bietet uns die Reichsstatistik zunächst verhältnismäßig zuverlässige Zahlen über die Großhandelspreise der Steinkohlen in den Hauptorten und den Hauptarten. Wie greifen folgende Angaben heraus.

Es stellten sich die Großhandelspreise für die Tonne (1000 kg) Steinkohlen:

	1900				1899		1898
	April-August Mf.	März Mf.	Februar Mf.	Januar Mf.	Dezember Mf.	Jahr Mf.	Jahr Mf.
Berlin, Bahnhof							
Westf. Gaskohlen . . .	23,25	23,00	23,00	22,25	22,25	22,25	21,3
Oberschles. Stückkohlen . .	21,00	19,50	19,50	19,50	19,50	19,17	18,8
Breslau, Grubenpreis							
Oberschles. Gaskohlen . . .	11,20	10,40	10,40	10,40	10,40	9,80	9,1
Dortmund, Werk							
Gestürzte Stückkohlen . . .	14,00	12,00	13,00	12,00	10,00	10,00	9,7
Ruddelkohlen	10,00	9,00	10,00	10,00	9,00	9,00	8,7
Düsseldorf, Werk							
Flammkohlen	10,88	10,88	10,88	10,00	10,00	10,00	9,5
Fettkohlen	10,25	10,25	10,25	9,38	9,38	9,38	9,0
Magere Kohlen	9,75	9,75	9,75	9,00	9,00	9,00	8,8
Gaskohlen	12,75	12,75	12,75	11,75	11,75	11,75	10,9

In den fünf Monaten April bis August sind die Monatspreise gleich hoch geblieben, sie weisen aber gegen den Anfang des Jahres fast durchweg eine nicht unbedeutende Steigerung auf. So wenig Sensationelles die Zahlen auch bieten, so ist doch die wesentliche Verschärfung der Kalamität im laufenden Jahre gegen die Lage im Jahre 1899 und vollends im Jahre 1898 klar daraus zu erkennen.

Über die Kohlengewinnung lehrt uns die Statistik, daß im deutschen Zollgebiet an Stein- und Braunkohlen zusammen gewonnen wurden:

in Millionen Tonnen				
1899	1898	1897	1896	1895
135,8	128,0	120,5	112,5	104,0

Im Königreich Preußen allein wurden gefördert:

Steinkohlen	94,7	89,6	84,3	79,0	72,6
Braunkohlen	28,4	26,0	24,2	22,0	20,1
zusammen	123,1	115,6	108,5	101,0	92,7

Für den abgelaufenen Teil von 1900 kann noch keine entsprechende Berechnung gemacht werden. Nur für das erste Vierteljahr liegen Zahlen vor. Im Januar bis März sind in Preußen 25,6 Millionen Tonnen Steinkohlen und 8,2 Braunkohlen gefördert worden gegen 23,3 und 6,7 im ersten Vierteljahr 1899. Im ganzen wies also die Vierteljahrsproduktion 1900 gegen das Vorjahr ein Mehr von 3,8 Millionen Tonnen Kohlen auf. Im ganzen Jahre 1899 sind 7,5 Millionen mehr gefördert worden als 1898. Die Steigerung im ersten Vierteljahr 1900 darf deshalb wohl als eine ganz beträchtliche bezeichnet werden. So ganz am Ende seiner Leistungsfähigkeit war also der deutsche Kohlenbergbau am 1. Februar noch nicht angelangt.

Die tägliche Belegschaft während des Jahres 1899 stellte sich in Preußen durchschnittlich wie folgt:

	Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau
Oberbergamtsbezirk Breslau	84906 Köpfe	1498 Köpfe
" Halle	38 "	29086 "
" Clausthal	3388 "	1528 "
" Dortmund	205106 "	— "
" Bonn	49975 "	4905 "
zusammen	343413 Köpfe	37017 Köpfe

Dagegen wird die Arbeiterzahl angegeben für das erste Vierteljahr 1900 im Steinkohlenbergbau auf 363498 gegen 336767 im ersten Vierteljahr 1899, Grenzboten III 1900

und im Braunkohlenbergbau auf 40290 gegen 36226; also 1900 zusammen 32795 mehr als 1899. Das erste Vierteljahr 1899 wies gegen dieselbe Periode 1898 nur ein Mehr von 25424 auf. Es scheint danach die Leutenot den Kohlenbergbau bisher noch nicht abgehalten zu haben, die Belegschaften in gesteigertem Maße zu vergrößern. Von ihr zu sprechen hat nur den Sinn, daß die Gruben trotz der zunehmenden Vergrößerung der Belegschaften dem rapiden Wachstum des industriellen Bedarfs schwer haben folgen können.

Weiläufig sei auch der Bewegungen der Arbeitslöhne (Nettolöhne) im Bergbau kurz gedacht. Der Jahresverdienst der Bergarbeiter in den Steinkohlengruben betrug in Mark:

	1899	1898	1897	1896	1895
in Oberschlesien .	801	771	721	697	675
„ Niederschlesien .	846	812	787	757	737
„ Dortmund .	1255	1175	1158	1035	968
„ Saarbrücken .	1019	1015	982	966	928
„ Aachen .	1069	1007	956	988	868

und in den Braunkohlengruben

in Halle . . .	871	832	805	773	749
----------------	-----	-----	-----	-----	-----

Man sieht, daß sich die Kohlenindustrie zu starken Aufbesserungen der Löhne hat verstehen müssen, um leistungsfähig zu bleiben. Der Zug nach der Großstadt wird auch bei der bergmännischen Bevölkerung nicht unverständlich; ob er sich schon fühlbar gemacht hat, ist nicht klar, daran zu denken aber an der Zeit.

Von besonderer Wichtigkeit und viel besprochen sind natürlich die Ein- und Ausführverhältnisse auf dem Kohlenmarkt. Es betrug im deutschen Zollgebiet in den ersten sieben Monaten der genannten Jahre die

	Einfuhr		Ausfuhr		Mehreinfuhr		Mehrausfuhr	
	1900	1899	1900	1899	1900	1899	1900	1899
an Steinkohle	3957,5	3357,4	8790,9	7765,8	—	—	4833,4	4408,4
an Braunkohle	3915,0	5009,5	38,8	11,9	3876,2	4987,6	—	—
zusammen	7872,5	8366,9	8829,7	7777,7	—	589,2	957,2	—

An Stein- und Braunkohlen zusammen standen also infolge der Aus- und Einfuhrverschiebung rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen weniger in den ersten sieben Monaten 1900 dem Inlandskonsum zur Verfügung als in derselben Periode 1899. Wir haben aber gesehen, daß allein in Preußen und allein im ersten Vierteljahr 1900 fast 4 Millionen Tonnen Kohlen mehr gefördert worden sind als im ersten Vierteljahr 1899, sodaß der Fehlbetrag sicher mehrfach wettgemacht worden ist. Der ihn hauptsächlich verursachende Ausfall der Zufuhren böhmischer Braunkohlen infolge des Bergarbeiterausstands hat eigentlich nur in den Monaten Februar und März stattgefunden. Die Mehreinfuhr von Braunkohlen stellt sich nämlich in den Monaten Januar bis Juli 1900 in 1000 Tonnen (zu 1000 kg) wie folgt:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli*)
530,8	32,7	219,3	628,1	798,6	792,9	873,9

Diese statistischen Darlegungen ergeben ganz ebenso wie die Äußerungen der Regierung vom 1. Februar und aus neuerer Zeit in der Hauptsache ein ganz gehöriges non liquet. Der Minister für Handel und Gewerbe erkannte am 1. Februar die Möglichkeit an, daß aus den Syndikaten für die Zukunft große Gefahren erwachsen könnten. Es seien deshalb, fügte er hinzu, auch schon die „beteiligten Ressorts“ zusammengetreten, um in kommissarischer Beratung zu erwägen, in welcher

*) August 822,6.